

Stadt Ludwigsburg

—

Europaweite Vergabe von
Generalplanungsleistungen
für die Neugestaltung des Zentralen
Omnibusbahnhofes (ZOB)
im Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb
nach VgV

BEWERBERMEMORANDUM

Inhaltsverzeichnis

1.1	Gegenstand des Verfahrens	3
1.2	Projektziel	7
1.3	Leistungsumfang	8
2	Vergabestelle – Auftraggeber	9
3	Formale Angaben zum Verfahren	10
3.1	Art des Verfahrens	10
3.2	Teilnahmeberechtigung	10
3.3	Bewerbergemeinschaften	11
3.4	Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	11
3.5	Ablauf des Verfahrens	12
3.6	Angebotswertung	13
4	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	13
4.1	Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung	13
4.2	Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl	14
4.2.1	Nachweis der Eignung	14
4.2.2	Mindestanforderungen an die Eignung	14
4.2.3	Auswahl der Bewerber	16
4.3	Nachforderung von Unterlagen	18
5	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	18
5.1	Einverständnis der Bewerber	18
5.2	Fragen zum Verfahren	18
5.3	Änderung und Aufhebung des Verfahrens	19
5.4	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	19
6	Vergabekammer	19
7	Anlagen	20

1.1 Gegenstand des Verfahrens

Der bestehende Zentrale Omnibusbahnhof (kurz: ZOB) Ludwigsburg ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt für den öffentlichen Nahverkehr in der Region. Er bedient ein Einzugsgebiet von rund 300.000 Einwohnern und ist für die Anbindung an den Bahnhof sowie den regionalen Busverkehr von hoher Bedeutung.

Ausgangslage:

Der ZOB weist erhebliche bauliche, funktionale und betriebliche Mängel auf. Eine barrierefreie Sanierung des bestehenden ZOB ist nicht möglich. Darüber hinaus bestehen massive bauliche Schäden, insbesondere am unter dem ZOB verlaufenden Tunnel, dessen Abdichtung dringend sanierungsbedürftig ist (derzeit Wassereintritt und fortschreitende Bauwerkschäden).

Beabsichtigte Baumaßnahme:

Die Stadt Ludwigsburg beabsichtigt daher die grundlegende Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs einschließlich der Sanierung des darunterliegenden Tunnels, der Neuordnung des Bahnhofsplatzes sowie der weitreichenden Anpassungen in den Verkehrs- und Ingenieuranlagen. Die wesentlichen Maßnahmen umfassen insbesondere folgende Leistungen:

- Rückbau bestehender Gebäude und Anlagen:
 - Abbruch der Markthalle, des Kiosks und des Daches auf der Mittelinsel (vorgezogene Baumaßnahme und nicht Bestandteil der Ausschreibung)
 - Rückbau des Abgangs Franck-Steg (vorgezogene Baumaßnahme und nicht Bestandteil der Ausschreibung)
 - Rückbau der Betonwand entlang der Gleise (Bereich zwischen Bahnhofspatz und Bahnsteig zu Gleis 1)
- Sanierung und Erneuerung der Verkehrsanlagen:
 - Abdichtung und Sanierung des unter dem ZOB verlaufenden Tunnels
 - Herstellung neuer Ver- und Entsorgungsleitungen, Fundamente und Oberflächen
 - Herstellung der Umleitungsstrecken: Umbau der Solitudestraße/Schillerstraße, Haltestellen Pflugfelder Straße mit Blindenleitsystem, Haltestelle

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 4 von 20 Seiten

Franckstraße, Kreuzung Pflugfelder-/Franck- und Schwieberdinger Straße, Kreuzung Martin-Luther-/Brenzstraße, Knoten Schiller-/Bahnhofsstraße, Verlegung Taxistände (das bereits erarbeitete Umleitungskonzept wird den Bietern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zur Verfügung gestellt)

- Neubau und Ausstattung des ZOB
 - Errichtung von seitlichen Wartehallen und Wetterschutzelementen auf der Mittelinsel
 - Die neue Überdachung auf der Mittelinsel wird durch das Büro Knippers Helbig GmbH geplant und umgesetzt. Der Generalplaner übernimmt die notwendige Schnittstellenplanung zur Mittelinsel inklusive Beleuchtung, PV-Anlage und digitale Fahrgastinfo. Ebenfalls hat der Generalplaner die Fundamente zu planen (die Schnittstellendokumentation wird den Bietern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zur Verfügung gestellt)
 - Einrichtung barrierefreier ZOB inkl. Haltestellenbereiche (u.a. Mittelinsel mit mittiger Leitlinie und Aufmerksamkeitsfelder an den Bussteigen, Westseite und Ostseite mit Leitlinie und Aufmerksamkeitsfelder an den Bussteigen, digitale Fahrgastinfo inkl. Text-To-Speech)
 - Installation von Fahrgastinformationssystemen und Gesamtbeleuchtung des ZOB (das Gesamtbeleuchtungskonzept wird den Bietern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zur Verfügung gestellt)
 - Errichtung einer neuen Sichtschutzwand zu den Gleisen (Bereich zwischen Bahnhofplatz und Bahnsteig zu Gleis 1)
 - Bau von WC-Anlagen und Fahrradabstellanlagen
- Gestaltung des Bahnhofplatzes und Grünflächen
 - Herstellung eines neuen Bahnhofplatzes in 2 Zuständen, als Provisorium zur Nutzung als BE-Fläche für die deutsche Bahn ab 2030 und als Endausbau nach 2033
 - Pflanzung von Bäumen und Begrünung
 - Integration von Möblierung und Aufenthaltsflächen
- Technische Ausstattung und Nachhaltigkeit

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 5 von 20 Seiten

- Installation einer PV-Anlage integriert in das Glas der Überdachung auf der Mittelinsel des ZOB (die Schnittstellendokumentation wird den Bietern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zur Verfügung gestellt)
- Umsetzung des Gesamtbeleuchtungskonzepts des ZOB
- Fahrgastinformation inkl. digitaler Systeme

Bauphasen:

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines mehrjährigen Bauprojekts mit komplexer Bauphasenplanung. Eine Vollsperrung des ZOB ist nicht möglich, weshalb während der Bauzeit umfangreiche Umleitungs- und Provisorienkonzepte erforderlich sind. Folgende Bauphasen sind aktuell geplant, wobei Bauphase 0 und 6 nicht Bestandteil der ausgeschriebenen Leistung sind:

- Bauphase 0:
 - Rückbau der Markthalle, des Kiosks und des Daches auf der Mittelinsel
 - Unterfangung des Bahnsteigs zu Gleis 1
 - Rückbau des Abgangs des Franck-Stegs und Aufstellen einer Gerüsttreppe
- Bauphase 1:
 - Herstellung Umleitungsstrecken und provisorischer Haltestellen
 - Rückbau der Betonwand entlang der Gleise
 - Herstellung westlicher Gehweg inkl. Leitungen, Fundamente und Sichtschutzwand
- Bauphase 2:
 - Sanierung Tunnelabdichtung Nordseite, Herstellung provisorischer Bahnhofplatz sowie nördlicher ZOB-Bereich inkl. Leitungen, Fundamente und Oberflächen unter Aufrechterhaltung der Fußgängerverbindungen
- Bauphase 3:
 - Sanierung Tunnelabdichtung Südseite, Herstellung südlicher ZOB-Bereich inkl. Leitungen, Fundamente und Oberflächen

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 6 von 20 Seiten

- Bauphase 4:
 - Herstellung Wendebereich für Busse inkl. Leitungen, Fundamente und Oberflächen
 - Aufstellung ZOB-Dach, Wartehallen, Toiletten, Baumpflanzungen
- Bauphase 5:
 - Restarbeiten
- Bauphase 6:
 - Herstellung 2. Unterführung inkl. Bahnhofsplatz

Die Maßnahme wird bei laufendem Busbetrieb umgesetzt. Hierfür sind detaillierte Umleitungs-, Buslinien- und Bauphasen-Konzepte erforderlich, die zeitweise Linienverlegungen und provisorische Anlagen vorsehen. Betroffen sind insbesondere:

- Verkehrsanlagen (Straßen, Haltestellen, Leitungs koordinierung)
- Ingenieurbau / Tunnel (Sanierung, Abdichtung)
- Technische Ausrüstung (Beleuchtung, PV-Anlage, Fahrgastinformation)
- Entsorgungsanlagen und Freianlagen sowie zugehörige Provisorien

Die Generalplanung umfasst eine übergeordnete Leitung und Koordination aller Gewerke sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Information von Fahrgästen und Anliegern.

Ausschreibungsgegenstand:

Es ist beabsichtigt, dass der zukünftige Generalplaner nun Planungsleistungen ab Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) nach HOAI für alle fachlich erforderlichen Leistungsbilder für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) erbringt, um die komplexen Schnittstellen zwischen Tunnelbau, Verkehrsanlagen, technischer Gebäudeausrüstung und Hochbau sowie Freianlagen zu steuern und eine termingerechte Projektumsetzung sicherzustellen. Weiter übernimmt der Generalplaner die integrale Koordination sämtlicher Fachdisziplinen. Dazu gehören insbesondere die Bauphasen-, Provisorien- und Umleitungsplanung unter Aufrechterhaltung des Busbetriebs.

Dies vorausgeschickt ist Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung nun die gesamthafte Vergabe von Planungsleistungen ab LPH 5 für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb.

Die Leistungen haben auf den Planungsleistungen (LPH 1 bis 3) der Büros Pesch Partner Architektur Stadtplanung GmbH, Brilion Bondzio Weiser Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH, Knippers Helbig GmbH, Ingenieurbüro HAISCH GmbH & Co. KG, Licht Raum Stadt Planung GmbH aufzusetzen. Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass es den vorgenannten Büros unbenommen ist, sich an der gegenständlichen Ausschreibung zu beteiligen.

1.2 Projektziel

Zu den Projektzielen im Zuge der Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) zählen insbesondere:

- Barrierefreiheit: Vollständige Herstellung der Barrierefreiheit gemäß gesetzlichen Anforderungen und aktuellen Standards.
- Betriebssicherheit / Laufender Busbetrieb: Sicherstellung eines stabilen und konfliktfreien Busbetriebs während der gesamten Bauzeit.
- Baustellensicherung / -einrichtung / -verkehr: Optimale Leitung und Koordination der Baustelleinrichtung und insbesondere des Baustellenverkehrs mit vorgezogener Beweissicherung der Anliegergebäude. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass der Schwerlastverkehr nicht durch die Innenstadt geleitet wird, sondern über die Ost-West Achse Schwieberdingerstr./Friedrichstraße sowie über die B 27 erfolgen.
- Gestaltungsqualität: Hochwertige architektonische und städtebauliche Gestaltung zur Aufwertung des Bahnhofsareals und des Stadtraums unter Berücksichtigung der gestalterischen Oberleitung der Stadt.
- Wirtschaftlichkeit: Umsetzung des Bauvorhabens unter Einhaltung des vorgesehenen Budgets und effizienter Ressourcennutzung.
- Terminsicherheit: Termingerechter Baubeginn der Bauphase 1 im September 2027 sowie Fertigstellung der Planung und Bauausführung im Rahmen des mehrjährigen Bauprogramms bis spätestens Juni 2030 (Abschluss Bauphase 5).

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibushofes (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 8 von 20 Seiten

- Nachhaltigkeit: Berücksichtigung ökologischer und wirtschaftlicher Aspekte, z. B. durch langlebige Materialien, energieeffiziente Technik und Integration einer PV-Anlage.
- Nutzerfreundlichkeit: Verbesserung der Orientierung, Aufenthaltsqualität und des Witterungsschutzes für Fahrgäste.
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit: Aktive Unterstützung der zuständigen städtischen Mitarbeiter bei der Kommunikation mit Fahrgästen, Anliegern und der Öffentlichkeit zur Minimierung von Beeinträchtigungen.
- Beteiligung Dritter: Übernahme sämtlicher Abstimmungen mit Leitungsträger (SWLB, Telekom etc.), Deutsche Bahn, Busunternehmen (LVL, VVS etc.), Knippers Helbig GmbH, SiGeKo, Kommunikationsbeauftragte der Stadt, Gestalterische Oberleitung, Sicherheitsauditor, Anlieger

1.3 Leistungsumfang

Mit Blick auf die enge Verzahnung der zu erbringenden Leistungen sowie die Komplexität der Aufgabe werden die Leistungen als Generalplanungsleistungen mit folgenden Planungsdisziplinen ausgeschrieben:

- Grundleistungen Leistungsbild Objektplanung, Abschnitt 1, Gebäude und Innenräume nach § 34 HOAI i.V.m. Anlage 10.1, LPH 5 bis 9 insbesondere für Schnittstellplanung Dach auf Mittelinsel, Planung WC-Anlagen (Fertigteil oder Modulbauweise), Fahrradabstellanlagen und Fahrgastunterstände;
- Grundleistungen Leistungsbild Objektplanung, Abschnitt 3, Ingenieurbauwerke gemäß nach § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12.1, LPH 5 bis 9 für Tunnelsanierung und Errichtung Sichtschutzwand;
- Grundleistungen Leistungsbild Objektplanung, Abschnitt 4, Verkehrsanlagen gemäß nach § 47 HOAI i.V.m. Anlage 13.1, LPH 5 bis 9 insbesondere für Verkehrsanlagen, Straßensanierung mit Betonfahrbahn und Asphaltfahrbahn, Provisorien auf Umleitungsstrecken und Ver- und Entsorgungsanlagen;
- Grundleistungen Leistungsbild Fachplanung, Abschnitt 2, Technische Ausrüstung nach § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15.1, LPH 5 bis 9 insbesondere für Gesamtbeleuchtung ZOB, Fahrgastinformation sowie sonstige technische Anlagen;

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 9 von 20 Seiten

- Grundleistungen Leistungsbild Fachplanung, Abschnitt 1, Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1, LPH 4 bis 6 für die Sichtschutzwand zu Gleis 1;
- Grundleistungen Leistungsbild Objektplanung, Abschnitt 2, Freianlagen nach § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11.1, LPH 5 bis 9 für Baum- und Grünflächenbepflanzung;

Überdies sind nach Bedarf des Auftraggebers Besondere Leistungen in o.g. Leistungsbildern zu erbringen. Hierzu zählt insbesondere die örtliche Bauüberwachung in Leistungsphase 8, die barrierefreie Planung des ZOB sowie die Erstellung eines koordinierten Leistungsplans inkl. Kollisionsprüfung. Weiterer Leistungsbestandteil ist die Öffentlichkeitsarbeit, die eine umfassende inhaltliche Zuarbeit zur Kommunikation mit Fahrgästen, Anliegern und Medien umfasst in Zusammenarbeit mit den städtischen Kommunikationsbeauftragten. Aufgrund der Nähe zum Bahnhof sind ebenfalls Abstimmungen mit der Deutschen Bahn erforderlich, die durch den Generalplaner erfolgen, sowie Abstimmung mit den Busunternehmen.

Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt, ein Anspruch auf Weiterbeauftragung besteht nicht.

Die Stadt Ludwigsburg übernimmt die Bauherrenaufgaben und die übergeordnete Projektleitung.

Die Leistungen sollen unmittelbar nach Zuschlagserteilung beginnen; angedacht ist ein Leistungsbeginn zum 1. Oktober 2026. Für Bauphase 0 (die vorgezogenen Maßnahmen) ist der Zeitraum von Februar 2027 bis August 2027 geplant. Der Beginn der baulichen Maßnahmen für die Bauphase 1 ist für September 2027 angestrebt. Die Bauphase 2 folgt von März 2028 bis Februar 2029. Die Bauphase 3 soll im Zeitraum März 2029 bis November 2029 erfolgen. Bauphase 4 soll im Zeitraum Dezember 2029 bis April 2030 umgesetzt werden. Die bauliche Fertigstellung soll bis spätestens Juni 2030 erfolgen.

Weitere Einzelheiten zum Leistungsumfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus dem Entwurfs- und Baubeschluss vom 22. Oktober 2025 (**Anlage 3** zum Bewerbermemorandum) und aus der Mitteilungsvorlage zur Vorstellung der Entwurfsplanung vom 24.07.2025 (**Anlage 4** zum Bewerbermemorandum) sowie aus der Bauphasenunterlage „Neugestaltung Zentraler Omnibusbahnhof“ (**Anlage 5** zum Bewerbermemorandum) erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bieter mit Aufforderung zur Angebotsabgabe.

2 Vergabestelle – Auftraggeber

Auftraggeber ist die Stadt Ludwigsburg.

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 10 von 20 Seiten

Die Stadt Ludwigsburg wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als "Auftraggeber" oder "Vergabestelle" bezeichnet. Die Bewerber werden gleichbedeutend auch als "Unternehmer" oder "Auftragnehmer" bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als "Parteien" und "Vertragspartner" bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren beraten und unterstützt von:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
Rechtsanwalt Dr. Florian Krumenaker, LL.M. / Fachanwalt für Vergaberecht
Rechtsanwältin Melanie Hantschel / Fachanwältin für Vergaberecht
Stresemannstraße 79
70191 Stuttgart

3 Formale Angaben zum Verfahren

3.1 Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Vergabe europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Mit der Bündelung der Leistungen weicht die Stadt Ludwigsburg zulässig von dem in § 97 Abs. 4 GWB enthaltenen Grundsatz der losweisen Vergabe ab. Hierfür gibt es wirtschaftliche und technische Gründe. Wirtschaftlich kann nur durch die Bündelung gesichert werden, dass der Zeit- und Kostenrahmen eingehalten wird. Technisch sprechen neben der hohen Komplexität, der Neugestaltung des ZOB unter laufendem Busbetrieb, der Qualitätssicherung und der Terminsteuerung insbesondere die Schnittstellenverantwortung aus einer Hand für die Vergabe als Generalplaner ab LPH 5. Die Interessen des Mittelstands werden durch die Zulassung von Bietergemeinschaften und Vorgaben zur Einbindung von Nachunternehmern geschützt, so dass die Stadt Ludwigsburg nach Abwägung zu der Einschätzung gelangt ist, dass die Vorteile im speziellen Fall die Losbündelung rechtfertigen.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Vergabebekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

3.2 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

BewerbermemorandumSeite 11 von 20 Seiten

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

3.4 Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

3.5 Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage der unter Ziffer 4.2.3 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs drei bis fünf Unternehmen ausgewählt, die zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots aufgeforderten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die ausgewählten Bieter das vorgesehene Team, das die ausgeschriebenen Leistungen erbringen wird, sowie die Konzepte im Rahmen eines Präsentationstermins vorstellen. Die Vergabestelle behält sich vor, den Präsentationstermin im Rahmen einer Videokonferenz durchzuführen.

Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieter ranking erstellt.

Die Vergabestelle behält sich vor, bereits auf das erste Angebot den Zuschlag zu erteilen. Die Vergabestelle behält sich weiter vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuscheiden, nur mit einzelnen, anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Für das gesamte Verfahren ist folgender – unverbindlicher – **Terminplan** vorgesehen:

22. Juni 2026:	Ende der Teilnahmefrist
1. Juli 2026:	Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebots
27. Juli 2026:	Ende der Frist zur Erstellung des ersten Angebots
6. und 7. August 2026:	Bieterpräsentationen

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibushofes (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 13 von 20 Seiten

anschließend: ggfs. Bietergespräche inkl. Vertragsverhandlungen

September 2026: Verfahrensabschluss und Beauftragung

3.6 Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote in Phase 2 und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach folgenden Kriterien:

	Kriterium	Gewichtung in Punkten
1	Honorar	60
2	Konzepte	40
2.1	Konzept zur Herangehensweise	20
2.2	Personalkonzept	20

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien und möglichen Unterkriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1 Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags stellt die Vergabestelle das in der Anlage 1 beige-fügte **Teilnahmeformular** zur Verfügung.

Der Teilnahmeantrag muss elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über das Online-Vergabeportal unter folgenden Link

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMB88>

bis spätestens

22. Juni 2026, 12.00 Uhr

eingereicht werden.

Die Dateien müssen im Dateiformat „**PDF**“ eingereicht werden.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal dtvp.de zu erfolgen. Diese erfolgt über den Menüpunkt „Teilnahmeanträge“.

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibushofes (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 14 von 20 Seiten

Dort wird das kostenlose „Bietertool“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags (mindestens 24 Stunden vor Ablauf der oben genannten Teilnahmefrist) zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtyp.de weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support der Vergabepattform. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder auch per E-Mail, sind nicht zugelassen.

4.2 Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl

4.2.1 Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben in der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars (**Anlage 1** zu diesem Bewerbermemorandum).

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte **Teilnahmeformular** inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend der Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.2.2 Mindestanforderungen an die Eignung

Wie aus der EU-Bekanntmachung ersichtlich, sind folgende **Mindestreferenzen** nachzuweisen:

– **Ingenieurbauwerk:**

Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Objektplanungsleistungen, Abschnitt 3, Ingenieurbauwerk nach § 43 HOAI für die Sanierung/Abdichtung eines Tunnels oder einer Straßenbrücke mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 300 bis 400 von mindestens EUR 500.000 netto. Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 5 bis 8 nach HOAI erbracht worden sein. Die Fertigstellung (Abnahme) muss in den letzten sieben

Jahren und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist (frühestens 1. Januar 2019) erfolgt sein.

Hinweise:

Die geforderte Mindestreferenz ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

– **Verkehrsanlagen:**

Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Objektplanungsleistungen, Abschnitt 4, Verkehrsanlagen nach § 47 HOAI im Bereich Straßenbau für Asphalt- und Betonfahrbahnen an einem innerstädtischen Verkehrsknotenpunkt (z.B. ZOB, Mobilitätsdrehscheibe oder vergleichbar) mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 300 bis 400 von mindestens EUR 1 Mio. netto. Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 5 bis 8 nach HOAI erbracht worden sein. Die Fertigstellung (Abnahme) muss in den letzten sieben Jahren und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist (frühestens 1. Januar 2019) erfolgt sein.

Hinweise:

Die geforderte Mindestreferenz ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

– **TGA-Fachplanung:**

Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen, Abschnitt 2, Technischen Ausrüstung nach § 55 HOAI für ein dynamisches Fahrgastinformationssystem an einem innerstädtischen Verkehrsknotenpunkt (z.B. ZOB, Mobilitätsdrehscheibe oder vergleichbar) mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 400 von mindestens EUR 100.000,- netto. Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 5 bis 8 nach HOAI erbracht worden sein. Die Fertigstellung (Abnahme) muss in den letzten sieben Jahren und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist (frühestens 1. Januar 2019) erfolgt sein.

Hinweise:

Die geforderte Mindestreferenz ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

4.2.3 Auswahl der Bewerber

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der **Mindestreferenzen in den Bereichen „Ingenieurbauwerk“** und **„Verkehrsanlagen“** gemäß der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Damit eine vorgelegte Referenz im Rahmen der Auswahlentscheidung berücksichtigt werden kann, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. Die Referenz muss in der Referenztabelle im Teilnahmeformular (vgl. Seite 22 ff.) als priorisiert gekennzeichnet werden. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen.
2. Die als priorisiert gekennzeichnete Referenz muss jeweils die Mindestanforderungen an die Referenz erfüllen.

Im Rahmen der Auswahlentscheidung wird lediglich die als priorisiert gekennzeichnete Ingenieurbauwerk-Mindestreferenz und Verkehrsanlagen-Mindestreferenz herangezogen. Es können maximal 18 Punkte erzielt werden. Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind nachfolgende Kriterien bei der jeweils priorisierten Ingenieurbauwerk-Mindestreferenz und Verkehrsanlagen-Mindestreferenz maßgeblich:

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 17 von 20 Seiten

Referenz „Ingenieurbauwerk“

- Bewertet wird, ob die vorgelegte Ingenieurbauwerk-Referenz, für welche die Planungsleistungen erbracht wurden, unter laufendem ZOB-Betrieb umgesetzt wurde, nach folgender Maßgabe:

Umsetzung erfolgte nicht im laufenden Betrieb:	0 Punkte
Umsetzung erfolgte im laufenden Betrieb:	3 Punkte

- Bewertet wird die Höhe der anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 300 bis 400 nach folgender Maßgabe:

EUR 0,5 Mio. netto bis EUR 1 Mio. netto	1 Punkt
> EUR 1 Mio. netto bis EUR 1,5 Mio. netto	2 Punkte
> EUR 1,5 Mio. netto	3 Punkte

- Bewertet wird bei dieser Referenzleistung das Fertigstellungsdatum (Inbetriebnahme und Abnahme) nach folgender Maßgabe:

zwischen dem 01.01.2020 und dem 30.06.2022	1 Punkt
zwischen dem 01.07.2022 und dem 31.12.2024	2 Punkte
ab dem 01.01.2025	3 Punkte

Referenz „Verkehrsanlagen“

- Bewertet wird, ob die vorgelegte Verkehrsanlagen-Referenz, für welche die Planungsleistungen erbracht wurden, unter laufendem ZOB-Betrieb umgesetzt wurde, nach folgender Maßgabe:

Umsetzung erfolgte nicht im laufenden Betrieb:	0 Punkte
Umsetzung erfolgte im laufenden Betrieb:	3 Punkte

- Bewertet wird die Höhe der anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 300 bis 400 nach folgender Maßgabe:

EUR 1 Mio. netto bis EUR 2 Mio. netto	1 Punkt
> EUR 2 Mio. netto bis EUR 5 Mio. netto	2 Punkte
> EUR 5 Mio. netto	3 Punkte

- Bewertet wird bei dieser Referenzleistung das Fertigstellungsdatum (Inbetriebnahme und Abnahme) nach folgender Maßgabe:

zwischen dem 01.01.2020 und dem 30.06.2022	1 Punkt
--	---------

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 18 von 20 Seiten

zwischen dem 01.07.2022 und dem 31.12.2024
ab dem 01.01.2025

2 Punkte
3 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

4.3 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

5 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1 Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2 Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren unter dem Betreff „**Stadt Ludwigsburg – Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)**“ bis zum **12. Juni 2026** (Eingang) mittels Vergabepattform

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZMB88>

zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

5.4 Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen des Angebots wird den Bietern eine pauschalierte Entschädigung gewährt. Einzelheiten erhalten die Bieter in den Angebotsunterlagen.

6 Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstraße 17
76131 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-8730

Stadt Ludwigsburg

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB) im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Seite 20 von 20 Seiten

Telefax: 0721/926-3985

7 Anlagen

- Teilnahmeformular (**Anlage 1**)
- Erklärung nach DSGVO (**Anlage 2**)
- Entwurfs- und Baubeschluss vom 22. Oktober 2025 (**Anlage 3**)
- Mitteilungsvorlage (**Anlage 4**) (*Hinweis der Vergabestelle: Die Baukosten reduzieren sich um rund EUR 3 Mio. brutto. Nähere Informationen erhalten die Bieter mit Angebotsaufforderung*)
- Bauphasenunterlage „Neugestaltung Zentraler Omnibusbahnhof“ (**Anlage 5**)